



Tarifrunde: Statt Cent-Schacher Streik gegen Leiharbeit und Werkverträge

Was ist das für eine Tarifrunde? Künstliche Aufregung darüber, dass der Einkommens-Viertelmillionär, der IG Metall-Vorsitzende Huber, wieder mal rechtzeitig seine Vorgabe macht, die helfen soll, den Standort Deutschland als Billiglohnland zu erhalten, um so den Rest der Welt niederzukonkurrieren zu können. Die dann auch brav von allen Tarifkommissionen ganz demokratisch so abgenickt wird.

Die Kollegen an den Bändern winken ab. Sie ballen die Faust in der Tasche und bleiben stumm.



Warum bleiben sie stumm? Nicht, weil sie zufrieden sind. Sondern, weil sie nichts mehr erwarten von dieser abgekarteten Inszenierung. Und sie haben Recht, die Kollegen. Sie wissen sehr wohl, dass Millionen draußen vor dem Tor, stehen, die ihre Arbeitskraft nicht verkaufen können. Sie können sie nicht verkaufen, weil die Kapitalisten tagtäglich Tausende auf die Straße setzen. Weil sie Fabriken und Anlagen vernichten in dieser Weltwirtschaftskrise. Und weil sie die übrigen Arbeiter arbeiten lassen bis zum Umfallen, weil sie den Arbeiter immer mehr zum Tagelöhner degradieren, zum Leiharbeiter unter der Regie eines Sklavenhändlers oder eines so genannten Werkvertrages. Sie haben Recht, die Kollegen, wenn sie nichts erwarten von dieser Tarifrundenzeremonie, weil sie wissen, dass es nicht die läppische Fünfeinhalb-Prozent-Forderung ist, die ihr Lohnarbeiterdasein erträglich macht. Müssten es nicht 20, 30 oder mehr Prozent sein, um über die Runden zu kommen und um vor allem nicht mehr zum Streikbrecher Europas gemacht zu werden?

Nein, ein solcher Kampf ist nicht zu gewinnen in dieser Krise. Worum müssen wir dann heute in erster Linie kämpfen, zumindest mit der Aussicht auf einen Sieg? Wir können und wir müssen streiken gegen die Leiharbeit, gegen die Vergabe von Arbeiten an Billigausbeuter (Werkverträge), gegen die Degradierung zum Zwangsarbeiter, der so flexibel geknietet wurde, dass er nicht mehr weiß, was ein normaler Arbeitstag ist,

dass er nicht mehr weiß, wo vorne und hinten ist. Dieser Kampf kann nicht in einem einzelnen Betrieb gewonnen werden. Das ist es, was Aufgabe der IG Metall wäre, diesen Streik flächendeckend endlich zu organisieren.

Und genau da sind wir wieder beim Punkt: Sie tut es nicht und sie will es nicht tun, weil sie den Arbeitern vorgaukelt, dass sie in diesem Kapitalismus doch noch irgendwie überleben können mit zarten Forderungen nach ein paar Cent mehr - trotz Krise, trotz einer riesigen Reservearmee vor den Toren. Ein Bertold Huber denkt gar nicht daran, gegen die Schließung von Opel in Bochum zu kämpfen. Er glaubt, den Kapitalismus dadurch zu retten, dass er einer Lohnkürzung nach der anderen, dass er "Standort-Verträgen" zustimmt, die schon wieder gebrochen werden, bevor die Tinte drunter trocken ist. Der letzten Endes auch bereit ist, lebendige Arbeiter auf dem Altar des großen Geldes zu opfern, wenn das Kapital, in dessen Aufsichtsräten er sitzt, es verlangt. Die IG Metall-Führung weiß sehr wohl, dass sie eine Lohnerrhöhung, die den Namen tatsächlich verdient, so nicht durchsetzen kann.



Sie haben Recht, die Kollegen, wenn sie unter solchen Bedingungen von dieser Tarifrunde nichts erwarten. Sie haben Recht, weil sie Realisten sind. Sie sehen, wie es das Kapital selbst ist, das die Lohnarbeit, also den freien Verkauf der Arbeitskraft, mehr und mehr aufhebt und durch Leiharbeit und Tagelöhnerie ersetzt, wie es in den "Strategiepapieren" des Daimler-Vorstands oder "Ideensammlungen" der Bremer Werkleitung zu lesen ist. Und weil die Kollegen Realisten sind, erkennen sie langsam aber sicher, dass es so nicht weiter geht mit diesem Wahnsinn namens Kapitalismus. Seien wir also Realisten und führen wir einen noch entschiedeneren Kampf gegen Leiharbeit und Werkverträge. Führen wir den Kampf gegen dieses menschenvernichtende Lohnsystem. Es ist allerhöchste Zeit.

DGB- und IG Metall-Führung für Leiharbeit

Erinnern wir uns: Mit ihren Angriffen auf die Arbeiter, Erwerbslosen und Rentner ("Agenda 2010") hat die Schröder-Regierung der Leiharbeit zum ungehinderten Durchbruch verholfen. Das geänderte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz schrieb immerhin noch gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen fest. Es sei denn - und hier kommt die schmutzige Rolle des DGB ins Spiel - es sei denn, ein Tarifvertrag regelt etwas anderes. Und genau das war der Deal des damaligen Wirtschaftsministers Clement mit dem DGB: Die Gewerkschaften sorgen für einen Tarifvertrag, der deutlich unter "equal pay" liegt. Vorgeschoben vom Kapital wurden die so genannt christlichen Gewerkschaften, die es eigentlich nur auf dem Papier gab. Die christlichen Tarife von 7 Euro (Entgeltgruppe 1) wurden noch viel christlicher vom DGB getoppt - nämlich um ganze 15 (!) Cent. Worauf der DGB mächtig stolz war und die Kapitalisten endlich ihren legalen Niedriglöhner hatten, den sie gegen die Stammebelegschaften und gegen die Arbeiter der ganzen Welt einsetzen konnten.

Das war im Jahr 2004. Inzwischen haben sogar die Gerichte festgestellt, dass ein Stück Papier, auch wenn es noch so christlich ist, keine Gewerkschaft sein kann und hat die christlichen Tarifverträge für null und nichtig erklärt. Übrig blieben die unchristlichen Streikbrecher-Tarife des DGB. Man könnte meinen, jetzt könnte der DGB doch seine Tarifverträge zur

Leiharbeit kündigen (Kündigungstermin 30. April 2013), damit wieder das Gesetz, also gleiche Bezahlung gilt. Doch es scheint wieder einen schmutzigen Deal mit Regierung und Kapital zu geben: Mit blödesten Argumenten wird fest gehalten an diesen Billig-Tarifen. Für diese Argumente gibt es keinerlei Grundlage (außer man will auf Teufel-komm-raus festhalten am Niederkonkurrieren anderer Länder) und schon gar keine gewerkschaftlichen Argumente (siehe auch Stellungnahme des Bremer Arbeitsrechtlers Prof. Däubler).

Die CGM hat mittlerweile Folgendes erklärt: "Das Kapitel Zeitarbeit endet für uns endgültig am 31. März alle Tarifverträge sind gekündigt, wir sind raus." Folglich, stellt die CGM fest, könnte es jetzt binnen von 3 Monaten "equal pay", also gleiche Bezahlung, wie für die Stammmannschaft geben. Könnte - wenn jetzt auch endlich der DGB kündigen

würde. Dazu die CGM weiter: "Wir sind sehr gespannt, ob der DGB bereit ist, diesen Schritt wirklich zu gehen - konsequent wäre er."

Der DGB, mit ihm auch die IG Metall, ist konsequent. Konsequent für Niedriglöhne, für die Spaltung, für die Entrechtung, für den Tagelöhner, der die spanischen, italienischen, französischen Arbeiter kaputt konkurriert und so den Kapitalismus retten soll.

Sofortige Kündigung der Tarifverträge zur Leiharbeit! Verbot der Leiharbeit!

Die Vertrauensleute bei Daimler Bremen haben mit überwältigender Mehrheit einen richtigen Beschluss gefasst:

Kündigung der Tarifverträge zwischen DGB und BZA/IGZ zur Leiharbeit"

„Die IG Metall-Vertrauensleuteversammlung vom 18.04.2013 fordert den DGB auf, die Tarifverträge mit dem BZA und der IGZ fristgerecht zu kündigen. Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich ebenfalls beim DGB für die Kündigung der Tarifverträge zum 31.10.2013 einzusetzen.“

Das Letzte: Dieter Reinken, ehemals 1. Bevollmächtigter der IG Metall Bremen, jetzt für die SPD (nicht für die Arbeiter) in der Bremer Bürgerschaft, spricht sich offen gegen ein Verbot der Leiharbeit aus (Radio Bremen, 18. April 2013, 15.21 Uhr). Durch die Leiharbeit seien in einem „konzerninternen Verleih von Arbeitskräften Jobs im Bremer Mercedes-Werk gesichert worden.“ Spätestens jetzt wird klar, warum sich Gewerkschaftsführer so vehement dagegen wehren, die Leiharbeit konsequent zu bekämpfen und sie stattdessen mit miesen Tarifverträgen sogar offen geschäftsfähig machen. Wir sind sehr gespannt darauf, ob es von Seiten der IG Metall Bremen eine öffentliche Distanzierung geben wird von diesem „Arbeitervertreter“, der gerade Mal mit so viel Stimmen in die Bürgerschaft gewählt wurde, dass es im Betriebsrat für den 30. Platz gereicht hätte.



Prof. Däubler* zu den Leiharbeitstarifverträgen

»Seit zehn Jahren sorgen Tarifverträge – auch die der DGB-Gewerkschaften - dafür, dass Leiharbeiter enorme Zumutungen hinnehmen müssen. Ich kann nicht erkennen, dass ein neuer Tarifvertrag diese Situation wesentlich verbessern würde.

Mindestlohn und Branchenzuschläge sind kein Problem mehr, wenn Equal Pay gilt, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist. Weiter überzeugt der Hinweis auf Scheingewerkschaften mit Dumping-Verträgen nicht. Sie können auch dann auftauchen, wenn es DGB-Tarife gibt. Dagegen helfen genau wie im Fall der Christlichen Gewerkschaften Zeitarbeit (CGZP) nur gerichtliche Mittel. Nichts anderes gilt für ausländische Billigtarife. Abgesehen davon, dass das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nur nach deutschem Recht geschlossene Tarife vorgehen lässt: Eine solche Entwicklung lässt sich nicht dadurch verhindern, dass man den Verleihverbänden durch Abschluss von Tarifverträgen

eine Freude bereitet. Die EU-Leiharbeitsrichtlinie verlangt außerdem, dass der „Gesamtzuschutz“ der Leiharbeiter nicht schlechter sein darf als der der Stammbeschäftigten – es gibt daher ein beträchtliches Risiko, dass die DGB-Tarife später für unwirksam erklärt werden.

Schon 2003 war es ein großer Fehler, sich mit den Verleihern einzulassen. Man sollte ihn nicht ein zweites Mal begehen. Stattdessen sollten die DGB-Gewerkschaften erklären, dass sie jetzt und in Zukunft nicht mehr über Leiharbeitstarife verhandeln. Damit wäre die Verdrängungswirkung gegenüber dem gesetzlichen Equal Pay und Equal Treatment weg, in diesem Punkt gäbe es keine Nachwirkung mehr. Wer stattdessen wieder verhandelt, verhindert die Gleichstellung der Leiharbeitnehmer. Und viele werden unterstellen, man wolle in Wahrheit flexible Arbeitskräfte, die im Ernstfall als erste gehen müssen.«

*Prof. Wolfgang Däubler, Professor für Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht, Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen.

Werkleitung will Horrorkatalog umsetzen

Am 15.4 wurde auf einer Betriebsausschuss-Sitzung dem Betriebsrat durch die Werkleitung folgendes mitgeteilt.

Die Stückzahlplanung für das zweite Halbjahr 2013 wird die Werkleitung zwischen dem 6.5 und 16.5 bekanntgeben. Ob es danach zu Arbeitszeitveränderungen kommt, ist noch nicht absehbar.

Die vom Vertrieb angeforderten oder geplanten Verkaufszahlen für den C 205 würden zu Kapazitäts-Engpässen führen. Trotz jetzt schon angekündigter 5 Sonderschichten plus 4 Vorholschichten in 2014 würden die Arbeitszeiten nicht ausreichen. Deshalb fordert die Werkleitung den Samstag in 2 Schichten zu fahren und die DNS 6 Tage (bei einer individuellen 5 Tage-Woche für den einzelnen Kollegen). Diese Forderung steht im sogenannten „Ideenkatalog“ der Werkleitung und wer meinte nach der Aussetzung der Fremdvergabe könne man diesen „Ideenkatalog“ zerreißen, wurde eines besseren belehrt.

Der Betriebsrat hat der Werkleitung in der Sitzung am 15.4 mitgeteilt, dass es mit diesem Betriebsrat keine Spätschicht am Samstag geben wird.

Die Angriffe auf unsere Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen werden weitergehen und wir werden nur im gemeinsamen Kampf mit allen Werken diese Kriegerklärung der Werkleitung und des Vorstandes dorthin befördern wo sie selber hingehören, auf den Misthaufen der Geschichte.



Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Großzügig hatte sich die Werkleitung bereit erklärt, zusammen mit dem Betriebsrat ein Projekt zum demographischen Wandel durchzuführen. Ziel soll sein, die Arbeitsbedingungen der älter werdenden Belegschaft anzupassen. Während über diese Fragen nett geredet wurde, hat die Werkleitung gehandelt. Allerdings in entgegengesetzte Richtung: Sie hat weitere Fremdvergaben organisiert, u.a. von Arbeitsplätzen, die gerade für ältere Kollegen geeignet sind. Darüber hat sich der Betriebsausschuss des Betriebsrats am 8. April bei der Werkleitung beschwert. Nach langen Verhandlungen hat diese sich dann bereit erklärt, die geplanten Fremdvergaben solange auf Eis zu legen, wie das gemeinsame Projekt läuft.

Was ist davon nun zu halten? In jedem Fall zeigt dies, dass die Werkleitung Angst hat, dass wir weiter gegen die Fremdvergabe von Arbeitsplätzen kämpfen, wie schon beim Thema Presswerk-

Logistik und WPS. Aber heißt das auch, dass sie ehrlich über das Problem nachdenkt und Rücksicht auf die Kollegen nehmen will, wenn der Betriebsrat die Notwendigkeit in dem Projekt nur hinreichend erläutert? Oder ist das vielleicht nur ein taktischer Schachzug der Werkleitung, um den Betriebsrat einzubinden und Aktionen der Belegschaft zu verhindern? So nach dem Motto, wir können ja über alles reden, wir werden auch hier und da kleine Zugeständnisse machen, aber sorgt ihr dafür, dass die Kollegen ruhig bleiben.

Wir wissen, dass schöne Worte da oben noch nie zum Umdenken geführt haben, am Ende haben immer unsere Taten gezählt. Durch die Zusage der Werkleitung haben wir nichts gewonnen, außer Zeit - Zeit gegen die Fremdvergaben zu kämpfen.

„Hilfsprogramm“ der Werkleitung für die älter werdende Belegschaft (auf später verschoben?!)

Fremdvergabe von Vormontage-Arbeitsplätzen in der Halle 9

Es ist geplant folgende Arbeitsplätze an den Martinshof fremd zu vergeben: • Fußmatten • Bordwerkzeug mit Vormontage • Einstiegleisten innen • C/D-Säule • Lenksäule mit Vormontage • Set Motor-steuergeräte (Temporär für 4 Monate ab 03/13.) • Vormontage Biegeträger (Temporär für 4 Monate ab 03/13.). In Prüfung: • Vormontage Steuergerät Reifendruckkontrolle mit Clipsmutter • Vormontage Einspritzdüse mit Schläuchen (Diesel) • Vormontage Knieschutz mit Lautsprecher und Temperaturfühler • Dom (Mittelkonsole) wird fertig vormontiert angeliefert. Auflösung geplant: • Set Pedalanlage BR204

Anzahl der Arbeitsplätze unbekannt

Kahlschlag bei den KVP Werkstätten

Die KVP Werkstätten sollen in einer Meisterei zusammengelegt und das Personal mehr als halbiert werden (von 29 auf 13). Wenn dann doch mal mehr zu tun ist, sollen Kollegen temporär dorthin versetzt werden.

Abbau von 16 Arbeitsplätzen

Fremdvergabe der Schweißpunkt- Quartalsprüfung

Wurde vorher durchgeführt im Rohbau im sogenannten Zerreißraum.

Abbau von ca. 8 Arbeitsplätzen

Fremdvergaben in der WPS

Betroffen sind Lager, Pumpenwerkstatt, Handmaschinenwerkstatt, Staplerwerkstatt, Insourcing Team, Fahrstuhlservice, Reststoffsammelstelle, Waschraumwärter und Fuhrpark.

Abbau von 104 Arbeitsplätzen

Fremdvergabe in der Presswerk Logistik

Fremdvergabe wird bis 1.8.2013 umgesetzt und ist auch von der oben genannten Aussetzung ausgeschlossen.

Abbau von 78 Arbeitsplätzen

Fremdvergabe von 2 AKL Touren vom AKL Lager in die Halle 9+93

Alternativ zur Fremdvergabe wird geprüft, ob diese Touren mit dem FTS (fahrerloses Transportsystem) gefahren werden können. Sehen wir aber als unrealistisch, da hoher LKW Verkehr.

Abbau von ca. 5 Arbeitsplätzen

Versprechen gebrochen

Verletzt wurde eine Vereinbarung zur Rückholung der Anlagenwarte- und Instandhaltungsumfänge des SLK Rohbaus in der Funkschneise. Zurzeit werden dort nur die Einlegetätigkeiten durch Daimler

durchgeführt. Als die Werkleitung vor dem Neuanlauf des SLK verkündet hatte, dass sie die Tätigkeiten der Anlagenwarte und der Instandhaltung in der Funkschneise fremdvergift, sicherte sie dem Betriebsrat in einer Protokollnotiz zu, dass diese Umfänge ab April 2013 wieder reingeholt werden. Dies soll jetzt erst im Januar 2014 passieren.

Einsparung 2013 zwischen 10 – 15 Arbeitsplätzen

Zusammenlegung der SL und SLK Roadstar Montage in Halle 3

Die dadurch frei werdenden Hallen 2 und 42 sollen größtenteils zur Lagerung von Presswerkzeugen genutzt und fremdvergeben werden. Außerdem soll durch die Zusammenlegung Personal in der Montage, sowie in der Verwaltung und im indirekten Bereich reduziert werden

Abbau von ca. 100 Arbeitsplätzen

Pausen durchfahren im Presswerk von Betriebsratsmehrheit abgelehnt!

Am 26. März wurde nach langer Diskussion im Betriebsratsgremium mehrheitlich der Antrag der Werkleitung auf Pausendurchfahren im Bereich Presswerk/F1 abgelehnt. Auch wenn diese Entscheidung bei einigen Vertrauensleuten des Presswerkes auf Unverständnis traf, ist die Entscheidung des Betriebsrates zu begrüßen.

Vertrauensleute des Presswerkes hatten in den vergangenen Monaten zusammen mit Bereichsbetriebsräten und der Führung des Presswerkes eine für sie tragbare Betriebsvereinbarung ausgearbeitet. Auch hier zeigte es sich schon, dass es auch unter den Kollegen eine geteilte Meinung gab. Gerade im Zusammenhang mit dem Ideenpapier der Werkleitung, der Referenzfabrik (MBC 2020) des Vorstandes wurden immer mehr Stimmen laut, dass eine Betriebsvereinbarung zum Pausendurchfahren der Werkleitung das Signal zum Angriff auf alle Pausen in Engpassbereichen und automatisierten Bereichen gibt. Auch muss man unterscheiden, ob eine Betriebsvereinbarung, auch wenn diese von einer Mehrheit der Vertrauensleute im

Bereich getragen wird, Auswirkungen auf das ganze Werk hat oder „nur“ den unmittelbaren Bereich betrifft. Argumente, wie der Betriebsrat versteckt sich hinter dem Ideenpapier der Werkleitung sind fern jeder Realität und heuchlerisch. Sehr wohl ist dem Betriebsratsgremium bewusst, dass die Werkleitung versuchen wird, die abgelehnte Betriebsvereinbarung durch einen Spruch der Einigungsstelle zu ersetzen. Dass an dem Termin der Einigungsstelle unser Protest gegen das Pausendurchfahren deutlich werden muss, versteht sich von selbst.

Als Betriebsräte sind wir immer auf die Zusammenarbeit mit den IG Metall-Vertrauensleuten und unseren Kollegen in den Hallen angewiesen. Gleichzeitig haben wir aber bei Entscheidungen für einzelne Bereiche immer auf die Auswirkungen für das ganze Werk zu achten. So eben wie bei den Antrag zum Pausendurchfahren im Presswerk/F1.



Das fängt ja schon gut an...

Kaum ausgelernt, und schon für Vorstandsziele gewinnen.

Als sich am 4. April die neue Abteilungsleiterin in der Jugend- und Auszubildenden Versammlung bei den Azubis vorstellte, ist allen Anwesenden aufgefallen, dass sie bei ihrer Vorstellung hauptsächlich über das Thema Rationalisierung geredet hat.

Jugend- und auszubildenden-spezifische Themen sind nur am Rand erwähnt worden, umso mehr hat sie von „Fit for Leadership“ oder „HPV 30“-Zielen geredet. Es sind Sätze gefallen wie „wir müssen die Nr.1 werden“, oder „ich finde es

geil, die Nr.1 zu sein!“ Dies erweckte den Eindruck, auf einer Veranstaltung von Scientology zu sein.

Wohl damit sich die Azubis besser mit den Fantasien der Doktoren Zetsche und Bernhard identifizieren können, betonte die Abteilungsleiterin in ihrer Vorstellung ausdrücklich die Vorstandsforderung und Kennzahlen. Geld, das sich durch die Erreichung der Ziele des Vorstandes einsparen lasse, würde das Unternehmen für Investitionen einsetzen - behauptet die neue Abteilungsleiterin. Fakt ist aber, dass das Geld, das über Rationalisierung und verschärfte Ausbeutung eingespart wird, in den Taschen der Aktionäre verschwindet und die Boni der Topmanager ansteigen lässt! **Das** müssen wir den Jungen Menschen vermitteln und nicht, wie man Managern zu noch mehr Reichtum verhelfen kann! Es ist wichtiger, den Jugendlichen aufzuzeigen, dass die Ziele der Herren Zetsche und Bernhard, die sie unbedingt erreichen wollen, nicht unsere Ziele sein können, sie bedeuten Arbeitsplatzabbau bei den Stammarbeitskräften, Lohnsenkung und verschärfte Leiharbeit.

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Jörg Häring, H 3 / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel.6679) / Ingo Franke (H 8, DNS) und viele andere... (April 2013)

E-Mail-Kontakt: gerwinggoldstein@freenet.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt